

Dresdner Volkszeitung

Postredaktion: Dresden,
Raben & Comp., Nr. 1922.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Berlin:
Schr. Knoblauch, Dresden.

Das Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtes Hauptmannschaften Dresden-Mitte und Dresden-Zittau.

Preis pro Stück einschließlich Bringerlohn monatlich 50,- M., durch die Post bezogen monatlich 80,- M., unter Streusand für Deutschland wöchentlich 180,- M., Einzelnummer 30,- M., Sonnenblumennummer 40,- M.

Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Bettinerplatz 10, Tel. 25261.
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Bettinerplatz 10, Tel. 25261.
Geschäftsstelle von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachts.

Anzeigenpreis: die 8 geprägte Nummernzeitung 75,- M., die 8 geballte Zeitung 800,- M., auswärtig 100,- u. 400,-, Ausland 500 u. 1500 M.
Bei mehrmaliger Aufgabe Erhöhung. Familienanzeigen, Stellen- und Wirtschafts- 25 M. Rabatt. Für Briefniederlegung 20 M.

Nr. 300

Dresden, Donnerstag den 28. Dezember 1922

33. Jahrg.

Gewerkschaften und Einkommensteuer

72 Prozent Anteil des Lohnabzugs am gesamten Steueraufkommen

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes haben dem Reichskanzler Cuno am 23. Dezember dieses Jahres eine Denkschrift zur Einkommensteuer unterbreitet, in der die Reichsregierung aufgefordert wird, auf Grund der ihr im Einkommensteuergesetz erteilten Vollmacht sofort in Gemeinschaft mit dem Steuerausschuss des Reichstages die Erhöhung der Werbungskosten und sonstigen Steuerabzüge für die Lohn- und Gehaltsempfänger herbeizuführen. Die Gewerkschaften begründen gleichzeitig die Dringlichkeit einer grundlegenden Reform im Einkommensverschaffungsverfahren der Einkommensteuer vor den sogenannten Veranlagungspflichtigen in der Richtung, daß auch bei den Bevölkerungskreisen füngt der Tag der Steuerabzahlung und damit der tatsächliche Geldwert maßgebend sein muß für die Höhe des zu entrichtenden Geldbetrages. Die Denkschrift, die den wochentlichen Unwillen der arbeitenden Volkschichten über das Steuerunrecht Ausdruck verleiht, hat folgenden Wortlaut:

"Die jüngsten Verhandlungen des Reichstages über die Einkommensteuer verlossen uns, der Reichsregierung und dem Steuerausschuss des Reichstages folgenden Antrag zu unterbreiten:

Es ist auf Grund § 46 Abs. 8 des Gesetzes zur Änderung der Einkommensteuer vom Dezember 1922 mit Wirkung vom 1. Februar 1923 auf eine Neufestsetzung der Abzüge der Lohnsteuerpflichtigen zur Einkommensteuer vorzunehmen.

Begründung:

Nach den Wochenausweisen der Reichsbank vermehrt sich der Notenumlauf unter dem Druck der steuerhaft steigenden schweren Schulden des Reiches immer bedrohlicher. Zum Teil beruht dieser Druck auf Inflation daran, das gegen den schleppenden Steuereingang nichts Entthoben unternommen wird. Die Gewerkschaften aller Richtungen fordern nicht erst seit heute, daß die Reichsregierung durchgreifende Schritte unternimmt, die die beschleunigte Einklemung aller Steuern, insbesondere aber der Einkommensteuer, der sich selbst einschließenden, gewünschen.

Der Gesetz, daß die inflationistische Wirkung der schleppenden Steuereinklemung in der Welt als deutsche Währungsnot erzeigt, muß das Verlangen der Steuererhebung gegenüber den leistungsfähigen Schichten die Reichsfinanzen retten. Damit wird auch die Wirtschaft geschützt; die Preise gehen in die Höhe, die Konkurrenz der Arbeiter und Angestellten wird geschwächt, die zur Wirtschaftskrise treibenden Strömungen werden begünstigt, alle Versuche der Globalisierung des Marktes müssen dann scheitern. Die Steuererhebung, in Zeiten leidlicher Stagnation der Geldverhältnisse aufzubauen, muß dem schwankenden Geldwert der Papiermark angepaßt werden, wenn sie nicht selbst zum finanziellen Zusammenbruch mithelfen will. In Zeiten schwankenden Geldwertes — das gilt auch für eine zu erwartende Zeit der steigenden Mark — ist für die Höhe, und die Gerechtigkeit der Steuerlast nicht der nominelle Steuersatz entscheidend, sondern der Zeitpunkt der Steuerabzahlung. Heute sind die Lohn- und Gehaltsempfänger in Deutschland die einzigen, die in erheblichem Maße in vollwertiger Steuermarkt ihrer Pflicht gegenüber dem Staat genügen lassen. Vorige, der sein Einkommen erst noch Jahrefrist versteuert, leisten nur einen geringen Bruchteil dessen, was er verpflichtet ist. Auch die sogenannten Veranlagungspflichtigen, die sich selbst einschließenden Veranlagungspflichtigen ändern an diesem Zeitabschnitt nur wenig. Somit wie einmal in einer Zeit der steigenden Mark, dann werden die sich selbst einschließenden Veranlagungspflichtigen aus den Gründen der Deflation nicht in der Lage sein, oder wenigstens vorgeben, nicht in der Lage zu sein, ihre Steuerpflicht zu genügen. Das Reich bleibt bei der bestehenden Methode der Steuereinklemung, ganz gleich, welche Entwicklung die Mark nimmt, immer der Betrogenen.

Die eben geschilderten Tatsachen haben in den Kreisen der Lohnsteuerpflichtigen um so größere Erregung verursacht, als bei ihnen die Geldentwertung unter allen Umständen gerade umgedreht wird, und sich in immer stärker werdender Belastung ausdrückt. Es muß beachtet werden, daß die steuerliche Leistung eines Angestellten, der verheiratet ist und fünf Kinder hat, im Jahre 1922 bei einem Januar-Einkommen von 2800 M. und einem Dezember-Einkommen von 8800 M. von 18 Prozent auf 82 Prozent gestiegen ist. Im Gegensatz dazu gewinnt auch der einfache Gewerkebreite auf dem Rücken des Staates an jeder Mark Steuer, die er, durch das Gesetz beginnend, erst am Jahr und Tag verpflichtet abzuliefern braucht. Das derzeitige Reichseinkommensteuergesetz legitimiert so den Betrag am Staat. Aus der Holzarbeiter-Zeitung Nr. 48 vom 11. November 1922 ist zu ersehen, daß ein Hamburger Tischler, der verheiratet ist und zwei Kinder hat, im Jahre 1921 einen Steuerabzug, der 140,5 Stundenlöhne entsprach. Hätte dieser Tischler zu denen gehört, die sich selbst einschließen, dann müsste er seine Steuer für 1921 etwa im September 1922 voll gezahlt haben, das war damals ein Arbeitslohn von 11,5 Stunden. Ende Oktober war es nur noch der Arbeitslohn von 8,8 Stunden, und Anfang November konnte die gesamte Steuerabzahlung mit dem Ertrag von noch nicht 8 Arbeitsstunden abgezogen werden. Der erste Vorsitzende der Demokratischen Partei, der Abgeordnete Erkelberg, hat für sich in einer öffentlichen Versammlung festgestellt, daß die Lohn- und Gehaltsempfänger im Jahre 1921 ihre Steuern mit dem Ertrag von etwa 120 Arbeitsstunden abgeltten müssten. Sie hätten etwa nur 8 oder 10 Arbeitsstunden nötig gehabt, wenn sie an den gleichen Terminen hätten zahlen können, wie die sonstigen Veranlagungspflichtigen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat in einer Eingabe vom September dieses Jahres darauf hingewiesen, daß der Handel mit dem schlechten Gelde vor 1922 die gute Steuer von 1920 aufhebe, der Staat und wie zu sofortiger Zahlung verurteilten Lohnsteuerpflichtigen seien dabei die Beitragsenden.

Durch die jüngsten Beschlüsse des Reichstages sind bis mit

dem Grundsatz der steuerlichen Gerechtigkeit und mit sozialen Schwierigkeiten unvereinbare Widerrufe noch verschärft worden. Der Tarif der Reichseinkommensteuer wurde mit rückwirkender Kraft für das ganze Steuerjahr 1922 erheblich ermäßigt. Die Anpassung der steuerhaften Abzüge der Lohnsteuerpflichtigen an die Wahrheit und Wirklichkeit soll aber erst vom 1. Januar 1923 an gelten. Im Antrage Nr. 444 der Reichstagsabstimmung hat die Deutsche Volkspartei nachgewiesen und ausführlich bestätigt, daß diese künftliche Niedrigstellung des Werbungskostenabzuges den Finanzämtern automatisch vermehrte Arbeit einbringen muß. Den sich bei uns täglich vermehrenden Anträgen, die fast immer auf Ungerechtigkeiten hinweisen und Nat verlangen, können wir nur eine Antwort geben: stellt auf Grund des § 46 Abs. 8 beim anstehenden Finanzausschuß den Antrag auf Erhöhung des Werbungskostenabzuges. Wird jene Ungerechtigkeit nicht beseitigt, so werden die Finanzämter wahrscheinlich mit diesen Anträgen überwältigt werden.

Unser Antrag gründet sich im besonderen darauf, daß durch die neuesten Beschlüsse des Reichstages die Werbungskosten und die steuerfreien Abzüge für den Steuerpflichtigen und seine Ehefrau in geringerem Maße erhöht wurden als die Abzüge für Kinder, und alle drei Abzüge in wesentlich geringerem Maße eingesetzt wurden, als die Geldentwertung dies erfordert. Die sofortige Heraufsetzung der steuerfreien Abzüge für die Steuerpflichtigen und ihre Ehefrauen sowie der Werbungskostenabzug ist dringend erforderlich. Bei dieser Mehlmauer müßte die für 1922 bestehende steuerliche Ungerechtigkeit gegenüber dem Lohnsteuerpflichtigen im Sinne des sozialdemokratischen Antrages Nr. 5 der Reichstagsabstimmung Nr. 5882 in etwas seinen Ausgleich finden.

Zusammenfassend möchten wir nochmals betonen, daß die derzeitige Steuerpolitik bei den Lohnsteuerpflichtigen die bedrohlichen Wirkungen auslösen muß. Die Berechtigung dieser Stellung ist nicht abzutreuen. Die Lohnsteuerpflichtigen verweisen auf die längsten Beschlüsse zur Änderung des Gesetzes über die Strafanzeige, die weiter andern festlegen, daß die Effekte nur zu einem Bruchteil — weniger als 10 Prozent ihres Nutzwertes noch dem Stand vom 8. Dezember — zur Strafanzeige herangezogen werden. Sie verweisen auf die gewaltsame Steuerhinterziehung, die der sich völlig ungenügend ausgebüttete Buchführungsdiensst bisher schon feststellen vermochte. Sie erinnern sich der Worte des Herrn Oberbürgermeisters Böck, der feststellt, daß in Berlin 96 Prozent aller Steuern zwangsweise eingezogen werden müssen. Die Lohnsteuerpflichtigen verweisen aber im besonderen darauf, daß von ihnen getragener Anteil der Reichseinkommensteuer im Jahre 1920 20 Prozent, 1921 83%, im letzten Oktober aber schon 72 Prozent betragen hat. Sie betrachten es als eine Verhöhnung

ihrer ehrlich erfüllten Steuerpflicht, sie fühlen sich nach den Worten des Abg. Helfferich als „die dummen Kerle“, doch ihre Steuerleistungen, die im Überheitsverfahren an die Finanzämter abgeliefert werden, monatlang in den Händen der Unternehmer liegen, bleiben und dort sich in privat-egoistischen Vorteil umziehen.

So muß der Gedanke der Quellensteuerung, dessen Entwicklung zu fördern auch die Reichsregierung feierlich ausgesichert hat, völlig aufzugeben werden. Mitte September erklärte die Leitung des Deutschen Gewerkschaftsbundes, daß die Interessenvertretungen des Lohnabzuges auf die Dauer den Gedanken des Steuerabzuges überhaupt nicht mehr vertreten lasse. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Allgemeine freie Angestelltenbund müssen heute dazu sagen, daß weite Kreise ihrer Mitglieder jetzt Gegner der Lohnsteuer geworden sind, und daß es ihnen auf das äußerste erschwert wird, diese Stimmen wirklich zu begegnen, wenn keine Kenderung der Gesetzgebung eintritt.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes:
Th. Liepke.

Der Vorstand des Allgemeinen freien Angestelltenbundes:
Aufbau.

Fünf Fragen

Die Gewerkschaften haben befannlich in Anbetracht der gespannten wirtschaftlichen und politischen Lage eine Besprechung mit dem Reichskanzler verlangt, die jetzt endgültig am Freitag stattfinden soll. Dem Vier, der dieses Verlangen zum Ausdruck brachte, fügten die Gewerkschaften einen Fragebogen bei, der von der Regierung am Freitag beantwortet werden soll. Die fünf gestellten Fragen besagen u. a. folgendes:

1. Inwieweit hat die Regierung Vorsorge getroffen, daß für die kommende Brotpreishöhung ein Ausgleich

in den Löhnen und Gehältern auch der Privatindustrie geschaffen wird?

2. Inwieweit hat die Regierung dafür Sorge getragen, daß die Entente angebotenen Maßnahmen in innerwirtschaftlicher Art in den Kreisen der Wirtschaft keinen Widerstand zu erwarten haben, und inwieweit ist die Regierung bereit, bei der Vorbereitung dieser innerwirtschaftlichen Maßnahmen auch Sachverständige aus den Reihen der Gewerkschaften zu hören?

3. Ist die Regierung bereit, die Ungerechtigkeiten des Reichseinkommensteuergesetzes, insbesondere für die Lohnsteuerpflichtigen, bei ihnen in Arbeit befindlichen Gewinnungsentwürfen zum Einkommensteuergesetz auszugleichen?

4. Welche Absichten hat die Regierung zur Erfahrung des Wohnungsmarkts; insbesondere, inwieweit will sie auf eine Kontrolle der Kaufpreise hinzuwirken?

5. Was bedeutet sie zur Bekämpfung des Wucherpreises, zu tun? Will sie dafür sorgen, daß die rechtliche Grundlage der Wucherbekämpfung, im besonderen die Frage des Wiederbeschaffungspreises, bald eine Klärung erfährt?

Egoismus und Kirchenglaube

Wir haben gestern auf den Notkrei des sächsischen Landeskonsistoriums verwiesen. Eine Illustration dazu bedeutet ein Aufruf, der jüngst in zwei Dresdner Blättern zu lesen war. Darin wiederholte Oberkonsistorialrat und Superintendent Kölsch unter der Überschrift „Die Kirche vor dem Zusammenbruch“ in der Hauptseite die Vorlegungen und Bitten aus kirchlichen Flugblättern, die wir kürzlich glaubten. Dazu hätten wir also nichts weiter zu sagen. Nur auf einige neue, teils interessante, teils unrichtige Bemerkungen müssen wir eingehen.

Die „entsetzliche Geldnot“ der Kirche fällt nach Kölsch in erster Linie der kirchenfeindlichen sächsischen Landeskirche und Regierung“ auf. Alles was diese taten, um auch die einst von Kirche und monarchischer Regierung vergeblich aufgestellten nicht kirchlichen Kreise endlich zu ihrem Recht kommen zu lassen und sie vom Drude einer Eintrüfung zu befreien, die sie nicht benutzen oder gar von sich weisen, wird ihnen als Unterdrückung der Kirche vorgeworfen, trotz dem alten (katholischen) und verwerflichen Grundzuge: Wo die Kirche nicht herrschen darf, schreit sie über Verwaltung! Sie (die Regierung) heißt, gerade auch mit dem Hinweis auf die Kirchensteuern, zum Kirchenaustritt“. So kreift Herr Kölsch wörtlich. Er wird gestatten müssen, daß wir diese Behauptung energisch zurückweisen. Die Kirchenobergeordneten stehen nicht auf diesem grobmateriellistischen Standpunkte. Aber vor die Kirche allein aus diesem Grunde verläßt, dem ist sie gewiß nichts mehr, und die Kirche sollte froh sein, solche zweitklassige Befürner loszumerken.

Der beklagte schlechte Eingang der Kirchensteuern beweist allerdings, daß die Annahme des Herrn Kölsch, die Regierung habe ihre Mahnungen sehr gegen den Willen und das Empfinden des größten Teiles der Arbeiterschaft getroffen, gar nicht zutrifft. Die Sozialdemokratische Partei aber hat lediglich seit ihrem Bestehen den Grundsatz der alten politischen Demokratie übernommen, daß die Kirche vom Staat zu trennen, d. h. von denen zu erhalten sei, die sie brauchen, nicht aber auch von Juden, Mohammedanern und Heiden und ihren Steuern. Das sollte eine Institution, wie sie die christliche Kirche sein will, auch gar nicht fordern. Trotz der riesigen und struppeligen, keine Verdrehung lebenden Agitation der Kirche bei den letzten Landtagswahlen haben die Parteien, die die Trennung fordern, die Majorität der Stimmen wiederum erhalten; sie können jetzt verlangen, daß mit dieser Trennung Ernst gemacht wird, um so mehr, da hierdurch keinem Menschen Unrecht geschieht.

Wenn jemand am Zusammenbruch der Kirche schuld hat, so ganz sicher nur deren Unfähiger, die nicht einmal die

geleblich vorgeschriebenen Steuern bezahlen, die an freiwillige Beiträge nur schon gar nicht denken, und die es mit ansehen können, daß die Kirche sich auf das mühsamste durchquälen, den letzten Reservegroschen ausgeben, ihre Papiere verpfänden, ihre Grundstücke beleihen“ mußte.

Und nun die führenden Christen selber! Herr Kölsch selbst stellt fest, daß dem Steuerverband der Ephorie Dresden I, der die Kosten gleichmäßiger verteilen und auf die tragfähigen Schultern legen sollte, sich gerade die vier reichsten Gemeinden (Christus, Zion, Apos. Andreas — o schöne Namen!) nicht anschlossen. Die Bemittelten wollen also nicht einmal für die ärmeren Gemeinden etwas tun! Sie wollen ihr Christentum für sich.

Die längste Versammlungsrede gegen das Christentum kann nicht so wirken wie dieser kurze Satz aus christlichem Munde. Hierzu kommt noch ein andres Geständnis. Die Kirche mußte „um ihre Diener und Beamten nicht verbürgen zu lassen“, ein Darlehen von 16 Millionen aufnehmen, aber sie muß dafür 14 (vierzehn) Prozent Zinsen zahlen. Da die Kirche ganz gewiß nicht bei Juden geborgt hat, so darf man doch wohl fragen, wer jene Prozente ist, die diese Wucherzinsen sind, die diese Wucherzinsen fordern. Denn Wucherzinsen sind es, da die Kirche die Gelder ja nicht industriell verwendet und es immer nur wieder die Masse der Kleinen ist, die diese Zinsen aufzutragen muß.

Der Notkrei zeigt also nur, wie recht die Sozialdemokratie hatte, wenn sie immer behauptete, daß die Staatsskirche sich nur mit Hilfe der Brotagewalt des Staates erhalten, nicht aus Unabhängigkeit, Liebe und Opfermut ihrer ehemaligen Befürner. Es sind — das geht aus dem Notkrei hervor — großenteils schlechte Steuerzahler, schlechte Brüder und Nachbarn, schlechte Gläubiger. Es sind bloß Lippenchristen. Da muß wohl der Zusammenbruch kommen, wenn der Staat nicht mehr aus dem Sessel der Gemeinschaft den Betrieb bezahlt. Und so wird die Kirche wohl wieder zur Einfachheit und dem Brauch der ersten Christengemeinde zurückkehren müssen, einem Brauch, wie er heute schon bei den kleinen Seelen herrscht, die in engen Nebengassen ihre heiligen Stätten haben. Sie bezahlen ihre Priester und Geister, sie unterstützen auch ohne Gemeindegenossen, aber sie zahlen auch den biblischen Betrag von ihrem Einkommen an die Kirchenfeste. Wenn alle bemittelten Christen nur den halben Betrag zahlen würden, wäre die Kirche über alle Finanznöte hinweg. Statt dessen aber zahlen sie, wie Kölsch feststellt, noch längst überholten Stolen und in entwertetem Gelde. Ihr Egoismus ist stärker als ihr Glaube,

Keine „vorsätzliche“ Richterfüllung?

Berlin, 27. Dezember. Im Auswärtigen Amt ist gestern vormitig die Note der Reparationskommission eingetroffen. Wie wir von zu ständiger Stelle erfahren, enthält die Note nicht das Wort „vorsätzliche“ Richterfüllung, sondern spricht einfach von einer Richterfüllung im Sinne des § 17 des Friedensvertrags. Damit entfallen nach Auffassung des Auswärtigen Amtes auch alle Folgerungen auf Anwendung von Sühnemaßnahmen nach dem § 18.

Prozeß Klante

Berlin, 27. Dezember. Schon früh drängte sich eine zahlreiche Zuhörertribüne zu dem Schwurgerichtssaal, in dem die Verhandlung gegen Klante stattfindet. Es dauerte aber sehr lange, bis die Verhandlung aufgenommen werden konnte. Mag Klante war freiwillig nicht erschienen. Er hatte sich im Gefängnis geweigert, aufzutreten, so daß die Gefahr bestand, daß die ganze vorsichtigste Verhandlung vergeblich gewesen sein würde, da nach der Strafverordnung heute am vierten Tage — es liegen drei Freitage dazwischen — wieder aufgenommen oder vertagt werden müsste. Schließlich schenkt Klante aber anders bekannt zu haben, denn er folgte den Gerichtsbeamten, die Landgerichtsdirektor Siegert zu ihm ins Gefängnis geführt hatte, ohne Zwang und brauchte auch nicht, wie am vergangenen Sonnabend, auf einer Tragbahre in den Saal gebracht zu werden. Zu Beginn der Sitzung beschloß das Gericht auf Antrag des Reichsattorneys Puppe, das Verfahren gegen den erkannten Angeklagten Jensen abzubrechen. Darauf wurden die letzten vier Augen vernommen. Darauf begann der Konkurrenzverwalter Wunderlich mit seinem umfangreichen Gutachten.

Einen breiten Raum in dieser Auslage nahmen die Erörterungen über den von Klante bezeichneten Aufwand ein, in dem die Anklage ein besonderes Defizit des Konkurrenzvergleichs sieht. Der Konkurrenzverwalter erklärte, daß er bezüglich eines Automobils, das Klante benutzt habe, um die verschiedenen Vermögen zu können, seinen Aufwand im Sinne der Konkurrenzbedeutung erbliden könne. Etwas anderes sei jedoch bezüglich des zweiten Autos, eines luxuriösen ausgestatteten belgischen Motorjeders-Wagen. Auch das dritte Automobil, ein schwerer W-P-S-Metzgers-Wagen, von ausgeprägtem Kennwagentyp, der in der Stadt überhaupt nicht zu fahren sei, sei völlig überflüssig gewesen. Auf Begegnung des Verteidigers gibt der Konkurrenzverwalter zu, daß es sich bei allen drei Wagen um sehr billige Gelegenheitsläufe gehandelt habe. Der Angeklagte Klante erläuterte hierzu, daß er die Wagen tatsächlich nur als Grundstock für ein späteres Automobilengeschäft habe verwenden wollen und den Kauf nichts weiter darstelle wie ein gut geplantes Spekulationsgeschäft, durch das seine Gläubiger in seiner Weise befriedigt werden seien. Was die persönlichen Ausgaben Klantes anbelangt, so erklärte der Zeuge Wunderlich weiter, daß diese ganz erheblich den Rahmen dessen überschritten hätten, was man als normale Geschäftsausgaben und Ausgaben für Propaganda usw. bezeichnen könnte. Einen überflüssigen Aufwand erklärte der Sachverständige auch in der Haltung eines Kammerdieners mit 2000 M. Monatsgehalt. Die Doppelvilla Mörschen sei sehr üppig ausgestattet gewesen. Diese Wohnung entsprach keineswegs dem Einkommen und der Vermögenslage des Angeklagten. Damals wäre dazu ein monatliches Einkommen von 100 000 M. nötig gewesen. R. A. Dr. Plunnenberg: Welchen Wert hat die Villa jetzt? Angeklagter Deible: Sie ist jetzt für 10 Millionen Mark verkaufen worden. Nachdem noch von den Sachverständigen die umfangreiche Rechtfertigung und die dafür gemachten Aufwendungen erörtert worden waren, wurde die Übung auf heute früh 9½ Uhr vertagt, da Klante erklärte, daß er den Ausführungen nicht mehr folgen könne.

Kleine politische Nachrichten

Ein Senderschreiben des Papstes. An Weihbischöfe hat der Papst in Rom eine sogenannte Encyclique an seine Gläubiger verlesen, in der er die Verhetzung der Volker untereinander verbot. Mit bestem Beifall am Verfaßt wird ausgeführt: Normal sei der Friede geschlossen, aber die Herzen näher noch verschafft. Ein verfaßter Friede, ein auf dem Papier geschlossener Friede habe die Liebe geistiger eher noch verstärkt und die Gier nach materiellen Gütern, die Quelle von Kämpfen und sozialer Unruhe internationaler Ungerechtigkeit, geradezu legitimiert, wenn sie mit Sinneristung und Vaterländische bemüht und so destruktiv gerechtfertigt erscheine. Erforderlich sei ein Friede, der die Herzen der Menschen einander näher bringe. — Als Heil empfiehlt dann der Papst selbstverständlich die katholische Kirche.

Handelsabkommen mit Spanien. Aus Madrid wird gemeldet: Im Ministerrat gab der Minister des Außenamts bekannt, daß er mit der deutschen Regierung ein Handelsabkommen geschlossen habe, wonach Deutschland vom 20. Dezember an den spanischen Erzeugnissen Meißner Zulassung gewähre. Spanien werde seinerseits die deutschen Erzeugnisse nach dem Tarif der zweiten Kolonne behandeln und den Koefizienten für Länder mit entwerteter Währung aufrückerhalten.

Englands Sieg über Indien. Meldungen aus Bombay folgten, daß englische Flugzeuge, 18 Stück, eine Strafexpedition gegen rebellische Untertanen in der Region von Ahmedabad unternommen. Die Einwohner wurden völlig überwältigt mit Bomben und Maschinengewehren angegriffen. Die Zahl der Toten und Verwundeten ist groß.

Aus aller Welt

Schiffungslück auf der Oder

Slogas. 27. Dezember. Ein schweres Schiffungslück ereignete sich am ersten Weihnachtstag vor der Oderbrücke in Neusalza. Ein fulminanter, mit Kohle beladener Oberflaute stach an die Brücke und sank sofort. Ein zweites Schiff, das bald darauf das Durchfahrtsschiff passierte, sank ebenfalls an derselben Stelle. Die Schifffahrt ist teilweise gelähmt.

Wünzendorfiebstahl im Gymnasium

Sorau (Ostpreußen). 27. Dezember. Aus dem Gymnasium sind etwa 700 Rechnungen und alte Münzen im Wert von mehreren Millionen Mark gestohlen worden.

Gewerkschaftsbewegung

Unterstützung und Arbeitsgerichte

Seit Monaten geben Kreisräte der Reichsregierung durch die Tagespresse. Die Anwälte legen in halbenlangen Aufzählungen ihr Glück. Ihre Verurteilungen müssen regelmäßig in die Frage: Wie ist den Anwälten zu helfen? Die Antwort lautet dann immer etwa so: Eine bloße Gehüntenerhöhung tut's nicht, denn die Zahl der Prozeßfälle nimmt in dem gleichen Verhältnis ab, wie die Gehüntenerhöhung wächst. Wahrscheint nur eine Erweiterung des Wirkungskreises der Rechtsanwälte schaffen. Daher muß ihnen die Zulassung zu den Schlichtungsausschüssen, den Kaufmanns- und Gewerbeberichten und den neuerrichteten Arbeitsgerichten einheitlich gemacht werden.

Es soll nicht bestritten werden, daß ein Teil der Anwälte wirtschaftlich Not leidet, denn die allgemeine Verschärfung aller Berufsgruppen kann eine Berufsgruppe nicht gänzlich unverzüglich lassen.

Wogegen aber von allen Arbeitnehmern Eindruck eingelegt werden mag, das ist die Zulassung zu den Schlichtungsausschüssen,

Der bayerische Faschismus

Von unserem Münchner Mitarbeiter

K. Wünsten, Ende Dezember 1922.

Es wäre verfehlt, den Begriff der nationalsozialistischen Agitation für den eigentlichen Inhalt der Bewegung zu nehmen, die nach dem Sieg Mussolinis zu Vergleichen mit dem italienischen Faschismus geradezu herausfordert. Die unter Führung Adolf Hitlers stehenden Scharen sind nur ein Faktor einer vielverzweigten Strömung, die mit den verschiedensten Mitteln ihren Zwecken

antisemitischen Vereine, wie der „Hochschule für deutsche Art“ und der „Deutschösterreichische Schule und Trutzkum“ die „Chulegesellschaft“, die „Eddarau“ gehören natürlich ebenfalls diesem Kreis an. Die meisten dieser Organisationen haben in Bayern überall Ortsgruppen, die sich in ähnlicher Weise zusammenschließen. Das Ganze bildet einen äußerst verzweigten, elastischen Apparat, der seine Wurzeln in alle Teile des Volkskörpers, in alle amtlichen Stellen von Staat und Selbstverwaltung, von Polizei und Reichswehr hinzinstreut.

Wie der großen Tagespresse werden enge Verbindungen aufrechterhalten. So mit den Münchner Neuen Nachrichten durch den Admiral Pollerzheim und General Lubendorff, dessen ständige Ehrenwache früher vom „Bund Überland“, jetzt von der Sturmabteilung Hitlers geleitet wird. Die von den Münchner Neuen Nachrichten im Bunde mit den Süddeutschen Monatsblättern betriebene Propaganda gegen die „Schuldfrage“ steht in engem Zusammenhang mit diesen Beziehungen und hat lediglich den Zweck, die entthronten Größen des alten Systems und reizgewaschen.

Wenn man die Gedankenstränge, die dieser nationalsozialistischen Bewegung eigentlich sind, näher untersucht, so findet man alle Geisteslemente, die preußische Militärlösche samt ihrem bürgerlichen Anhang.

Man findet aber auch, daß die Erfahrungen und die Niederlage des Kapp-Putsches nicht spurlos an diesen Kreisen vorübergegangen sind.

Heute wissen Sie, daß der Erfolg eines solchen Unternehmens nicht nur von militärischen Haftungen abhängt, sondern daß dazu die psychologische Grundlage in breiten Massen der Bevölkerung gehört.

Speziell bayerischer-paritätistische Tendenzen treten weniger hervor, wie denn das junfern-preußische Element die unbedingte Führung hat. Gelegentlich wird der Zöllerlismus als Ideal hingestellt. Separatistische Strömungen werden mit dem Hintergrund beginnend, durch eine zeitweise Trennung vom Norden des bayerischen Staatsapparats ganz in die Hand zu bekommen und der Macht der republikanischen Zentralgewalt und vor allem dem Staatsgerichtshof zu entziehen. Toller die große Erregung über die Verhaftung Erhardtis. Er wird als ruhiger, um das Vaterland verdienter Bürger hingestellt, der sich unter den Schutz der bayerischen Regierung begeben hat. Die grundlegende Idee, von der die ganze Bewegung her, die man mit dem bayerischen Faschismus in Parallel stellen kann.

Sie sind hervorgegangen aus der Einwohnerwehr, deren Mitgliedschaft sich nach der Auflösung Stadtbezirksweise in sogenannte „Vaterländische Vereinigungen“ zusammenföhrt.

Die „Vaterländischen Vereinigungen“ stellen die Spartenorganisation dar, an die nach und nach alle verwandten Organisationen anknüpfen, entweder durch ausdrückliche Mitgliedschaft oder durch Beziehungen der leitenden Persönlichkeiten zueinander. So der „Vaterländische Ordensblock“ unter Führung von Dr. Tafel und Pöhl, der „Verband nationalgebliebener Soldaten“, der „Gesamtverband nationaler Berufssverbände“, „Deutscher Arbeiterbund“, der sich sogar ein eigenes Sekretariat für Oberbayern in München eingerichtet hat; ferner der „Bund Bayern und Reich“, der seinerseits wieder eine Spartenorganisation nationalistischer Studentenvereinigungen darstellt. Der „Bund Überland“ ist infolge der Beziehungen seiner Führung zu den kommunistischen Abgeordneten Graf und infolge seines Kampfes gegen die separatistischen Verbündeten des bei den nationalsozialistischen Organisationen hochangeschätzten Sanitätsrats Dr. Pittinger, etwas in Tiefen gesunken. Auch werden ihm finanzielle Beziehungen zur Reichsregierung nachgesagt. Die verschiedenen

Die Gefahren der Bewegung für Demokratie und Republik liegen nach dem Gefallen weniger in der Stärke ihrer Organisation, sondern in den weitreichenden, in ihren lebhaften Ansäufern gar nicht zu übersehenden Verbindungen, über die sie verfügt. Das Ganze ist eingetragen, daß es automatisch jeder Parole folgt, die in den führenden Organen ausgesprochen wird. Die Gesetzgebung und weiter Kreise des Volkes, die nicht durch eine jahrzehntelange Schule der wirtschaftlichen Organisation gegangen sind, macht sie für den beständigsten nationalsozialistischen Wunderglauken ausprägnig, besonders, wenn die wirtschaftliche Entwicklung sich weiter wie gegenwärtig gestaltet.

Die Gegenwirkung liegt bei einer starken republikanischen Zentralgewalt, die zunächst einmal alle Gefechtsüberreicherungen von nationalsozialistisch-reaktionärer Seite zur gerichtlichen Ahndung bringt, dann aber auch durch Lösung des Finanzproblems, und besonders durch energisches Vorhaben gegen das Monopol der agrarischen und industriellen Rohstoffmonopolisten Vertrauen für die Republik erwirkt.

Raufmanns-, Gewerbe- und Arbeitsgerichten. Die Vereinigungen der Anwaltsgestellten können ein Bild davon singen, mit welchen Ränken und Schikanen die Anwälte seit Jahren die Grundforderungen der neuen Arbeitsgesetzgebung zu umgehen wußten. Seit vier Jahren habe sie sich mit allen erdenklichen Mitteln gegen den Abschluß von Tarifverträgen gemacht, das Eingreifen der Schiedsgerichtsämter und Demobilisationskommissionen bekämpft. Schiedsgerichte lobt; sie haben zu diesem Zweck die Sanktionen ihrer Anwaltsgestellte geändert, wenn das nicht half, ihre Vereine aufgelöst; kurz: sie haben dasselbe Arbeitsrecht mit führen getreten, als dessen Hitler sie sich jetzt aufzwingen möchten. Es handelt sich keineswegs um Einzelfälle. Eine erdrückende Fülle von Tatsachen berechtigt zu dem Urteil, daß dem allergünstigsten Teil der Anwölte der Sinn für das moderne Arbeitsrecht gänzlich fehlt.

Wie sollten nun dieselben Anwälte an den Arbeitsgerichten für eine soziale Rechtspflege mitzuwirken imstande sein? Jeder einsichtige Rechtsanwalt weiß es versteht, wenn die gesamte Anwaltsgestellte schon aus den oben angeführten Gründen sich geschlossen gegen eine solche Zulassung zu den Arbeitsgerichten mit allem Nachdruck zur Wehr sehen muß.

Die unterstützten Erwerbslosen im Reich

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes im November 1922 hat die erwartete mögliche aber fortwährende Verschärfung gebracht. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen im Reihe ist von rund 24 000 auf 42 000 gestiegen, und zwar die der männlichen von 10 000 auf 24 000, die der weiblichen von 5000 auf 8000. Die Zahl der Buschlagsempfänger (unterstützungsberechtigten Angehörigen, Vollvererden) hat sich von 27 000 auf 60 000 erhöht. Die Zahlen liegen immerhin noch bedeutend unter denjenigen früherer Jahre (1. November 1921: 150 000 unterstützte Erwerbslose). Jetzt, wie damals, sind allerdings lediglich die unterstützten Erwerbslosen von der Statistik erfaßt, die bekanntlich nur einen Teil der Erwerbslosen überhaupt darstellen. Dadurch verfälscht die Statistik jedoch an Wert, zumal die Erteilung von Arbeitslosenunterstützung heute enger als früher gegangen wird.

Die Sozialversicherungen im Bergbau. Wie und der Verband der Bergarbeiter Deutschlands förebt, haben die vier Bergarbeiterverbände bei dem Reichsverband der deutschen Industrie, Nachgruppe Bergbau, am 12. Dezember einen Entwurf zur Neufestlegung des Sohnes gestellt. Darauf ging am 22. Dezember telegraphisch die Antwort ein, daß die Bergarbeiterunternehmer vor dem 10. Januar nicht zu verhandeln wünschten. Die vier Bergarbeiterverbände haben bemüht, daß sie infolge der fortgeschrittenen und weiter fortwährenden Verschärfung auf Lohnverhandlungen noch vor Ablauf des Dezember nicht verzichten können.

Legte lokale Nachrichten

Steuerhöchstzahl in Schulen und Gastwirtschaften. Noch umfangreichen Schiedungen ist es der Kriminalpolizei gelungen, die Rechte zu erlangen, die in bietigen Schulen und Gastwirtschaften aus den Klosettianlagen die Steuerhöchstzahl herabzuschränken. Sie wurden in zwei arbeitslosen, 20- und 30jährigen Gruppen, die sich in Boffzillen-Lennsen-Lennsen, ermittelt und festgesetzt. Das erledigte Metall verkaufte sie bei bietigen Händlern, die sich wegen Gehärtet zu verantworten haben werden. Durch die Festsetzung kommen die Steuerhöchstzahlen in Schulen und in Gastwirtschaften und außerdem noch die Steuerhöchstzahlen in Gastwirtschaften auf.

Weißt zum Münzverbrechen hilft das Bogenland der Verhandlung vor dem Schwurgericht gegen die 80-jährige Habsburgerin. Aber Klare verschafft Glad in Mehlis. Nach der Anklage soll sie in den Jahren 1920 und 1921 ihrem Chemnitz und anderen beihilflich gewesen sein bei der Herstellung falscher im ländlichen Kunstdenkmalen und auch dekorative Motiven in Stettin, Mehlis, Mehlis, Gera, sowie in Dresden ausgegeben haben. Ein größeres Prozeß in dieser Sache stand im Oktober 1921 vor dem Dresden Schwurgericht statt, wobei der Chemnitz der Angeklagten zu drei Jahren Gefängnis und den üblichen Nebenstrafen verurteilt wurde, ebenso erhielten geringere Sätze und ganz Angeklagte

hatten sich durch Selbstmord dem irischen Richter entzogen. — In diesem Falle verneinten die Geschworenen die Schuldfrage, worauf Freispruch der Angeklagten Glad erfolgte.

Dreißigtausend. Gesetzen wurden in der Nacht zum 23. Dezember, vermutlich noch Mittwochabend, aus dem Hof des Grundstücks Prellerweg Straße 2 drei leere Eisenfässer, je 200 bis 250 Liter fassend, im Werte von 100 000 M. Die Fässer sind rot „V. D. O.“ gezeichnet, und wurden von den Tätern mit einem Wagen abgeföhrt. Der Leitende hat für Wiedererlangung der Fässer 10 000 M. Belohnung ausgesetzt. Werner wurde am 18. Dezember aus der Haftanstalt des Grundstücks Oster-Allee 6 ein Treppenautomat „Iron“, 110 Volt, von der Firma Paul Kirsch, im Werte von 20 000 M. geklönt. Der Apparat dient automatischen Treppenbefestigung. Zur vorliegenden Sache bittet die Kriminalpolizei um sachliche Mitteilungen.

Zeugen gesucht. Am Dienstag den 28. Dezember, gegen 5 Uhr nachmittags, wurde auf der Leipziger Straße in der Nähe der Firma Willers und Koch ein 70 Jahre alter Mann von einem Personenauto übersehen. Er ist an den leichten Verletzungen im Friedensstaedter Krankenhaus verstorben. Zur Aufklärung der Schußfrage werden alle Personen, die diesen Vorgang beobachtet haben, umgehend nach der Kriminalpolizei, Zimmer 88, gebeten.

Der Dollar 7551,07

Berlin, 28. Dezember. (Kurier.)

	28. 12.	28. 12.	27. 12.	27. 12.
Polland . . .	1 Gulden	200,50	807,50	2022,57
Dänemark . . .	1 Krone	1551,11	1558,89	1516,20
Schweden . . .	1 Krone	2029,91	2040,00	1970,06
Norwegen . . .	1 Krone	1421,53	14,87	1978,99
Nederland . . .	1 flor. Marf	187,53	198,47	182,54
Europa	1 Franc	1431,41	14,85,59	1391,51
Westdeutschl. (Bielefeld, Bremen, Hannover, Oldenburg)	100 Kronen	10,62	10,65	10,37
Frankreich	1 Krone	238,40	239,60	234,41
Spanien . . .	1 Krone	8,06	8,08	3,16
Belgien . . .	1 Krone	499,75	501,25	491,20
Spanien . . .	1 Peseta	1183,03	1187,97	1157,10
Italien . . .	1 Lira	479,05	483,95	875,08
London . . .	1 Pio. Sterl.	88159,37		

In der Strafsache

gegen den am 16. November 1878 in Tollebaude geborenen M.-Gebünder.

Wur Oskar Kampf in Dresden wegen vorläufiger Aburtsanzeigungsabschaffung vor das Schöffengericht in Dresden in der Sitzung vom 12. Oktober 1922 mit Neuauferkunft:

Der Angeklagte Max Oskar Kampf wird schließlich von allen zu einem Monat Gefängnis und zweitausend Mark Geldstrafe aufzusezten weiteren zweihundert Tagen Gefängnis festgestellt verurteilt.

Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts Dresden, Abt. IV.

Städtische Sparkasse Rabenau
Rabenau
1922

3 1/2 % für Einlagen
Tägliche Versorgung.
Entgegenkommen bei Anforderung großer Rücknahmen ohne Rücksicht
Postamt Dresden 2014
Stadtgirokonto Rabenau.

Nach längerem Streitum verließ am 2. Weihnachtstag unter einem Menschenalter für den Verein idischer Herr Adolf Betters.

Am unerschöpflichen Treue und Gewissenhaftigkeit hat er als Vorstandsmann und Hauptförderer seine Tätigkeit so lange ausgedehnt, bis ihm sein Leben zwang, seine Stellung aufzugeben. Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren!

Vorstand und Aussichtsrat
des Konsumvereins Vorstadt für Dresden z. Umg.
Die Brandserung findet Sonnabend den 20. Dezember, nachmittags 5 1/2 Uhr, im Krematorium statt.

Am 2. Weihnachtstag verließ plötzlich und unerwartet unter unerklärlicher Bruder, Schwager und treuenfreier Oste, der ehemalige Vorstand des Atomkunstvereins Vorstadt Dresden. 1918

Herr Adolf Vettors
im 68. Lebensjahr.
Dresden und Siegen, 27. Dez. 1922

Im liebsten Trauer:
Ermantino Vettors
im Raum aller Hinterbliebenen.
Die Brandserung erfolgt Sonnabend, nachmittags 5 1/2 Uhr, im Krematorium in Leutzsch.

R. S. D. - 4. Unterbezirk.
Gr. Witten, Uebigau, Trachau, Rabin

Am 26. Dezember starb nach kurzer Krankheit unter familiärer Wohlbehörde der Steinmetz

Ernst Mehlig
im Alter von 47 Jahren. Ehrenvolle Erinnerung ist ihm gelassen.

Die Beerdigung findet Sonnabend, 30. Dezember, um 11 Uhr, auf dem Friedhof Leutzsch statt. Um recht abschiedsreich lebendes Erleucht

Tod vorstand.

Werdurch die schmerzhafte Nachricht, daß am 21. Dezember 1922 unter lieber Bruder, Sohn und Enkel der Vater

Eduard Kellner
noch kurzem aber schwerem Leidens im Alter von 53 Jahren konkret verstorben ist.

Dresden-Löbtau, den 27. Dez. 1922
Hohenzollernstraße 4.

Die trauernden Hinterbliebenen,
Die Beerdigung erfolgt Sonnabend, den 30. Dezember, nachmittags 5 1/2 Uhr, auf dem

Witten Friedhof.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß Dienstag morgen nach längeren Leidens unter langer Leidenszeit gestorben ist.

Die Namen der Hinterbliebenen:

Hilda Lina Neudorf geb. Eberth
im 38. Lebensjahr sonst einschlafen ist. 1922

Die Namen der Hinterbliebenen:

Beerdigung: Samstagabend, 30. Dez., 5 1/2 Uhr, von der Halle des Trinitatiskirchhofes aus.

10000 Mark Belohnung

haben wir bei Beobachtung der großen Eisenfassade, die uns in der Nacht vom Freitag den 22. zum Sonnabend den 23. Dezember aus dem Grundstück Freiberger Str. 2 gestohlen und mit Wagen weggebracht wurden. Wer hat etwas gesehen? Wer hat die 3 Fässer gekauft? Wer kauft dieselben zurück?

W. Bopp & Co.
Flügelholzfabrik
Freiberger Straße 2.

Felle

aus jed. Posten Kanin-, Has-, Ziegen-, Nutz-, Reh-, Hirsch-, Leder-, Wild-, Alp-, Maulwurf-, Blau-, und Fuchsfelle.

Schafwolle

gewaschen u. ungewasch-

Felleinkauf

Falkenstraße 10

Felle

Kanin-, Ziegen-, Hasen-, Reh-, Hirsch-, Leder-, Wild-, Alp-, Maulwurf-, Blau-, und Fuchsfelle.

Schafwolle

samt von Hirschen, Blei- scheren, Hörfern usw. zu höchsten Lagesorten

Geflügel

Grauer Str. 22, I.

STERBENDE VÖLKER

Deutscher Monumental-Großfilm in 2 Teilen
Von allen Kulturländern der Welt angekauft!
Robert-Reinert-Film der Decla-Bioscop

II. Teil: „BRENNENDES MEER“

5 Akte
Paul Wegener, Thes Steinbrecher, Fritz Ulmer, Egide Nissen, Frieda Richard, Otto Gebühr, Friedrich Kühne, Fritz Kortner und die italienische Schönheit Elena Makowska.

Wochentags und Sonntags 4, 6 1/2 und 8 1/2 Uhr.

1922

**Lotte Neumann**

in ihrem neuesten fiktiven Schauspiel

„Tabea, stehe auf!“

Der Leidensweg eines jungen Mädchens.

Nach dem gleichnamigen

Roman von Margarete Böhme.

Weitere Mitwirkende:

Julia Serda :: Dora Schlüter

Paul Otto :: Leopold v. Ledebour

Hans Heinz v. Twardowski.

1922

Beginn der Vorführungen
täglich 4, 5 1/2, 7 1/2, 9 Uhr

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

1922

Sächsische Angelegenheiten

Deutschnationalen und Zentrum

Die Deutschnationalen scheinen von der Wahl Gehlein zum Vorsitzenden der sächsischen Zentrumspartei wenig erbaut zu sein, da sie von ihm eine Schwächung des Zentrumsfürs noch links befürchten. Der deutschationale Sächsische Volksbote weiß von einer "starken Opposition" zu berichten, die sich gegen die Wahl Gehleins auf dem letzten außerordentlichen Parteitag des sächsischen Zentrums geltend machte, in der Hauptrede von den Vertretern Leipzigs und Glauchaus:

Deputierte erklärten, daß sie unter Gehlein nicht arbeiten und aus der sächsischen Zentrumsorganisation im Falle einer Wahl Gehleins zum Parteidirektor ausscheiden würden, um sich unmittelbar der Reichsorganisation zur Verfügung zu stellen. Wegen einer starken Widerheit wurde Gehlein zum Landesvorsitzenden gewählt, worauf die Vertreter von Leipzig und Glauchau den Saal verließen... Von Gehlein ist nach seinen letzten Erklärungen ein scharfer Kurs gegen rechts zu erwarten, obwohl in solcher dem früheren Vorgehen des Zentrums in Sachsen nicht entspricht...

Der Parteitag war nicht öffentlich. Gehlein stellt daher fest, daß das offizielle Organ der Deutschnationalen Partei durch seine Forderung in den Besitz des Berichtes gekommen sein kann. Weiter schreibt er über die Abstimmung:

Nach der Wahl des Landesvorsitzenden haben sich von den 133 anwesenden Delegierten vier einzeln, nämlich von den Leipziger Deputierten drei und der Vertreter der kleinen Glauchauer Ortsgruppe, die erst Mitte September dieses Jahres ins Leben trat. Das zahlenmäßige Abstimmungsergebnis war 32 Stimmen für Gehlein, 36 Stimmen für Wels, 2 weiße Stetze und 2 Stimmenthaltungen....

Zum Schluß erhebt er den Deutschnationalen eine Abfuhr: Haben denn die Deutschnationalen wirklich geglaubt, daß die Zentrumspartei in Sachsen auf ihre Selbständigkeit verzichten und sich mit den Deutschnationalen fusionieren würde?

Kommunistische Faschisten

In Leipzig fand am Sonnabend eine faschistische Versammlung statt, in der der Referent triumphiert melde, daß eine Anzahl Kommunisten zu ihnen übergetreten seien. "Das überrascht uns nicht," schreibt unser Leipziger Bruderblatt dazu: "Hier die rechtsputzische — dort die linxputzische Bewegung. Die beiden Pole vereinigen sich. Beide Richtungen haben Anhänger, die politisch unvollständig sind, die von der Gewalt Wunderungen erwarten. Und beide sind sich einig in ihrem Hass gegen die große sozialistische Bewegung, in der sie einen Himmelschuh für ihren Aufstand erhoffen. Die Hirnköpfe rechts und links schwanken hin und her. Politische Grundsätze haben sie nicht. In ihrer politischen Unvollständigkeit lassen sie sich allein von pustifizistischen Stimmungen leiten, und dann kann es passieren, daß heute einer, der ganz links steht, möglich noch der rechte Seite übersteigt."

Der Dank des Vaterlandes

Die Infos des Verfolgungsfrankfurters Leipzig-Görlitz teilen uns in einem Briefe, der das Datum "Weihnachten 1922" trägt, mit, daß sie entschlossen sind, am 5. Januar nächsten Jahres in den Hungerkreis zu treten, wenn das Reichsarbeitsministerium sich nicht dazu aufrafft, ihre entflohene Lage zu bessern. Schon im August und September haben die Infos der ehemaligen Lazarett-Denklands dem Reichsarbeitsminister Böhme und Vorschläge unterbreitet und u. a. gefordert: "Behandlung, Verbesserung und persönliche Freiheit der Lazarettsassen bleiben mindestens wie bisher." Das Reichsarbeitsministerium hat jetzt eine neue Verfolgungsverordnung herausgegeben, über die gesagt wird, daß sie jeder Wendlichkeit Bohn spricht und die letzten Vorschriften des Weltkrieges dem langsamem Hungertode ausliefert. Es wird gefordert: 1. die Verbesserung der bisherigen Verpflegungsstärke der F. S. D., 2. ein zeitgemäßes Kochengesetz, 3. sofortige Aufhebung der Verordnung des Reichsarbeitsministeriums, die es ermöglicht, Angehörige von in Lazaretten verstoßenen Kriegsteilnehmern zur Belreibung der Bestattungskosten zu binden. Wenn bis zum 5. Januar diese Forderungen nicht angenommen sind, soll in Leipzig-Görlitz der Hungerkreis proklamiert werden.

Wir hoffen, daß vom Reichsarbeitsministerium eine gewissenhafte Prüfung dieses Ratschreis unternommen und nach besten Kräften das Vor der noch in den Lazaretten

lebenden Kriegsteilnehmer gebessert wird. Es muß vermieden werden, daß deutsche Staatsbürger, die ihre Gesundheit auf dem Schlechtesten gezeigt haben, in den Lazaretten des Staates, der für sie zu sorgen verpflichtet ist, in den Hungerstreik treten, weil nicht ausreichend für sie gesorgt wird.

Straßen-Umbenennung in Chemnitz. Einem Ratsantrag folgend haben die Stadtberateten in Chemnitz beschlossen, folgende Straßen umzubenennen: Carolastrasse in Bahnhofstrasse, Albertstrasse in Am Hauptbahnhof, Friedrich-August-Strasse in Rathenauplatz, Weitmarstrasse in Babelstrasse, Kaiserplatz in Gerhard-Hauptmann-Platz, Königspalast in Theaterplatz.

Als Wahlkreisvorsitzender der Deutschnationalen Volkspartei für Ost Sachsen wurde Rechtsanwalt Dr. Kurt Philipp, Dresden, wiedergewählt.

Stadt-Chronik

Eistau

ob. Als ich in regengrauer Dämmerung heimging, streckten mir aus Hausesen und Haustoren arme, schlechtgewandete Kinder schmale Briefe entgegen, und wenn, indes ich weitertritt, die Stimme des einen Kindes in Strahenlären, Dämmerung und Regen unterging, nahm schon eine nächste Stimme den Singsang auf: Eistau — Eistau gefällig...

Ich schreite vorüber, wurde dann aber, als ob die aneinander gereihen Kinderstimmen nur Vorbereitung darauf gewesen wären, von einem kleinen, vielleicht neunjährigen Mädchen aufgehalten, das mir in den Weg trat, die schmalen Briefe heranstreckte und seltsam unwillig, ja herrisch und gebieterisch die kleine Ware anbot: Eistau gefällig! Nur diese zwei Worte sprach das Kind, aber das hielt: seit zwei, drei Stunden sah ich hier an der zugigen Ede — jetzt habe ich es fast — auf euch alle, die ihr mit Paketen an mir vorüberhastet, sehe ich voller Zorn — und du mußt, mußt jetzt kaufen — ich weiche nicht von der Stelle.

War es — weil in diesen Wänden der unaushörliche Kinderruf Eistau — Eistau gefällig! plötzlich körperliche Gestalt gewann, war es die gebieterische Aufdringlichkeit der kleinen, die suggestive Kraft hatte, waren es die idiomatisch glühenden Augen des Mädchens, in denen ein späteres Heißhungerig erwartetes Schicksal schon vorausbrannte, oder war es die freudlose Armut dieses Kindes im aufstrahlenden Vorweihnachtsschein, die mich bestimmt? — ich laufte drei der dünnen Briefe. Das Mädchen schob den fünftigmärkischen Beutel, kost jährling in die Tasche und stand schon wie einer, der seinen Verdienst mehr gibt, vor dem nächsten Liebesfallen.

Ich hatte vor, einen grünen Weihnachtskranz mit roten Bändern und weißen Kerzen zu kaufen und aufzuhängen. Boni Kränze sollte der Eistau als silbernes Geripel herabhängen. Dann aber war mir ein solcher Kranz in der Binderei doch zu teuer. Ich begnügte mich mit grünen Tannenzweigen, die ich über die Gedanken verteile. Es waren nur notwendige Dinge, die auch so anzuschaffen wären, aber es macht Freude, sie zu öffnen und auszuwickeln — und wie schön sind etwa Süßigkeiten aus glattem, weichem Holz, auf dem noch das feine Holzmehl vom Abhängen wie Medaillen liegt — ein Mädchen voll solcher Dinge hat seine Freizeit fürs Lügen so gut wie manche glühende Schokolade; oder wie schön sind jetzt wie Odelpeisen absteigende Löffel aus bunzligiertem Ton.

Ich legte die grünen Zweige zwischen die Geschenke, und da ich den Eistau nun einmal gekauft hatte, zog ich die Stanisläden über das nadelige Grün. Sie glühten wie fiebern beteuerte Spinntweben und zauberter Winter und Weihnachten her.

Während ich die Silbersäden zog, fiel mir das freudlose Mädchen ein, dem ich die glitzernden Strähnen abgekauft hatte, und die frierenden Stimmen hallten mit in den Ohren noch ihr leiserer Singsang: Eistau — Eistau gefällig...

Gerade davor stand, diese hinternden Glitterfäden bei mir die armste Hand dar, eine frierende Kindershond an einer zugigen Strahenoste, und nun breitet er festliches Glänzen über Geschenke, die mich bescheiden dünken, wenn ich an das Schlaraffenland der Schatzkästen und an die Traumflüge der Wünsche denke — wie reich sind sie nun, die dieser Eistau von den Kindern flüstert, die im Dunkel frieren und die so arm sind, daß sie nicht einmal Handschuhe haben, um die fiammefreudigen Hände zu schützen, wenn sie in Haustoren stehen und noch am Weihnachtstag singen müssen: Eistau — Eistau gefällig...

Ein Fieberfrost ergriff mich und meine Bähne schlugen aufeinander. Dem Wahnsinne nahe warf ich mich auf Voccards Lager und wälzte mich in tödlicher Bangigkeit. Endlich, als der Morgen zu grauen begann, versteckte ich in einem Zustand zwischen Wachen und Schläfern, der sich nicht beschreiben läßt. Ich meinte mich noch an die Elfenstäbe zu klammern und hinaus zu blitzen auf die rostlos flutende Seine. Da plötzlich erhob sich aus ihren Wellen ein halbnades, vom Mondlicht beglänztes Weib, eine Flügelpfötin, auf ihre brüderliche Urne gestützt, wie sie in Fontainebleau an den Wasserfontänen sitzen, und begann zu sprechen. Aber ihre Worte richten sich nicht an mich, sondern an eine Steinfrau, die direkt neben mir die Zinne trug, auf welcher die drei fürstlichen Verkünder gestanden.

"Schwester," fragte sie aus dem Flusse, "weißt vielleicht du, warum sie sich morden? Sie werfen mit Leidnam auf Leidnam in mein stromendes Bett und ich bin schmutzig von Blut. Psiu, psiui! Waschen — vielleicht die Bettler, die ich abends ihre Lumpen in meinem Wasser waschen sehen, den Reichen den Goraus?"

"Nein," taunte das steinerne Weib, "sie morden sich, weil sie nicht einen finden über den richtigen Weg zur Seligkeit." — Und ihr kaltes Antlitz verzog sich zum Hohn, als beklachte sie eine ungeheure Dummkirche... In diesem Augenblick knarrte die Tür. Ich fuhr auf aus meinem Halbschlummer und erblickte Voccard, bloß und ernst wie ich ihn noch nie gesehen hatte, und hinter ihm zwei seiner Leute, von welchen einer einen Laib Brot und eine Kanne Wein trug.

"Um Gottes willen, Voccard," rief ich und stürzte ihm entgegen, "was ist heute noch vorgegangen?... Sprich!" Er ergriff meine Hand und wollte sich zu mir auf das Lager legen. Ich sträubte mich und befahl ihm zu reden. "Beruhige dich!" logte er. "Es war eine schlimme Nacht. Wir Schweizer können nichts dafür, der König hat es befohlen."

"Der Admiral ist tot?" fragte ich, ihn starr ansehend. Er bejahte mit einer Bewegung des Hauptes.

"Und die anderen hohen Offiziere?"

"Tot. Wenn nicht der eine oder andre, wie der Rovere, durch besondere Gunst des Königs verschont blieb."

Der Steuerabzug ab 1. Januar

Der Steuerabzug erfährt, wie dem Sozialdemokratischen Parlamentsdienst amtlich geschildert wird, vom 1. Januar 1923 an eine wesentliche Verkürzung. Bisher haben die Beträäge, um die sich der vom Arbeitslohn eingehaltende Betrag von 10 v. H. minderte, auf den Monat gerechnet, je 40 M. für den Steuerpflichtigen und für seine zu seiner Haushaltung gehörende Ehefrau 80 M. für jedes zur Haushaltung gehörende Kind ohne eigenes Arbeitseinkommen oder jedes nicht über 17 Jahre alte Kind mit eigenem Arbeitseinkommen und 90 M. zur Abgeltung der Werbungskosten und sonstigen Abgaben beigetragen. Diese Beträge erhöhen sich vom 1. Januar 1923 an für den Steuerpflichtigen und für seine zu seiner Haushaltung gehörende Ehefrau 200 M. monatlich für jedes zur Haushaltung gehörende minderjährige Kind ohne eigenes Arbeitseinkommen oder jedes nicht über 17 Jahre alte Kind mit eigenem Arbeitseinkommen auf 1000 M. monatlich und zur Abgeltung der Werbungskosten und sonstigen Abgaben ebenfalls auf 1000 M. monatlich. Im übrigen — abgesehen von diesen differenzierten Abgaben — ist der Arbeitgeber nach wie vor an die Eintragungen, die von der Gemeindebehörde oder dem Finanzamt auf dem Steuerbuch hinsichtlich der Zahl der bei dem einzelnen Arbeitnehmer zu berücksichtigenden Familienangehörigen gemacht sind, gebunden.

Das Neujahrsgeschenk der Reichspost

Erhöhte Tarife — weitere Herabsetzung der Leistungen

Der Reichspostminister hat den Mitgliedern des Verkehrsbeirats jetzt seine Vorschläge für die bereits zum 15. Januar angekündigte neue Postgebühren erhöhung zu geben lassen. Im Durchschnitt sehen die Vorschläge eine Erhöhung von 100 Prozent vor, so daß also ab 15. Januar der gewöhnliche Fernbrief 50 M., im Fernverkehr 25 M. kosten. Für gewöhnliche Telegramme wird eine Grundgebühr von 80 M. und eine Wortgebühr von 40 M. in Wochentagen gebucht. Preise und Ferntelegramme sollen die Hälfte dieser Höhe kosten. Eine weitere Erhöhung der Fernpreisgebühren soll nicht vorgenommen werden.

Neu geplant ist die Einführung einer sogenannten Wandschreibbüchse für Pakete, d. h. auch jeder Paketempfänger, der seine Pakete selbst abholen, muß in Zukunft für ein Paket bis 10 Kilogramm 25 M., über 10 Kilogramm 50 M. und für jedes zweite Paket 15 M. zahlen. Ferner ist die Einführung des Dreikilogramm-Pakets neu. Das Paket kostet in der Fernzone 200 M., in der Fernzone 400 M. Der Preis für die Förderung des Fünf-Kilogramm-Pakets ist in Zukunft in der Fernzone 300 M. in der Fernzone 600 M.

In einer Denkschrift, die der Reichspostminister seinem Vorschlag beigelegt hat, wird das Defizit der Reichspostverwaltung für das Rechnungsjahr 1922 auf 385,8 Millionen Mark beziffert. Diese Summe glaubt man durch Sparmaßnahmen um 78,7 Millionen Mark verringern zu können. Bis zum 31. März 1923 sollen weitere 12 000 ständige Dienststellen eingespart werden. Rund 40 000 Personen sind im Verlauf der letzten beiden Jahre bereits entlassen worden.

Das heißt mit andern Worten: weitere Herabsetzung der Leistungen.

Das Weihnachtsgeschenk. Von den Geschäftsmännern im Raum beträgt von 1, 2 und 5 M. die auf Grund des Gesetzes vom 26. Mai 1922 ausgeprägt werden sollten, sollte bekanntlich nur der Verkaufsstättentarif angehoben werden. Das Hinweis auf die weitere Entwicklung der Wirtschaft hat sich die Reichsfinanzverwaltung entschlossen, Backfisch in weit höheren Rennzonen zu prägen, als es bisher geschehen ist. Der Reichsfinanzminister hat dem Reichstag eine Vorschlag gegeben, die die Ausprägung von Geschäftsmännern im Rennzonen von 10, 20, 50, 100, 200 und 300 M. vor sieht. Da es sich nicht handelt, soll niemand verpflichtet sein, Geschäftsmänner im Rennzonen mehr als das gewöhnliche Geschenk des Rennzonen der einzelnen Rennungen in Zahlung zu nehmen.

Wiederholung des Umlagegetreides. Der Gemeindeverbund Dresden und Umgebung schreibt: Trotz wiederholter Hinweise in der Presse geht die Ablieferung des Umlagegetreides durch die Erzeuger im Gebiete des Gemeindeverbands Dresden und Umgebung nicht so schnell vor sich, wie es bei der allgemeinen Notlage der Volksernährung dringend erwünscht ist. Die abzubepflanzten Erzeuger werden hierdurch erneut aufgeschoben, nicht nur die an den festgelegten Terminen fälligen Mengen umgedreht abzuliefern, sondern möglichst auch für die flüssigen Termine das Getreide im vorause abzuliefern. Ein Nachteil erwächst den Erzeugern hieraus nicht, da der eventuell erhöhte Preis für die im Rahmen gelieferten Getreide mengen den Erzeugern sofort nach Festsetzung der neuen Preise noch nicht wird. In allen denjenigen Fällen, wo mangelhafte auf umgehenden Erfüllungswillen hinweisende Lieferung vorliegt, muß mit den im Gesetz vorgesehenen Abzugsmitteln, insbesondere mit der Enteignung und Sicherstellung des Umlagegetreides vorgegangen werden. Die hierdurch entstehenden geldlichen Verluste und sonstigen Weiterungen haben sich die Beteiligten selbst aufzuteilen.

"Ist das Blutbad beendigt?"

"Nein, es wählt noch fort in den Straßen von Paris. Kein Hugenott darf am Leben bleiben."

Heute zieht mir der Gedanke an Gasparde wie ein glühender Blitz durchs Gehirn und alles andre verschwindet im Dunkel.

"Sch mich!" schrie ich. "Mein Weib! mein armes Weib!"

Voccard sah mich erstaunt und fragend an. "Dein Weib? Bist du verbraut?"

"Gib Raum, Unseliger!" rief ich und warf mich auf ihn, der mit den Ausweg verzweifelt. Wir rangen miteinander, und ich hätte ihn übermannt, wenn nicht einer seiner Schweizer ihm zu Hilfe gekommen wäre, indem der andre die Tür beschloß.

"Voccard!" röhnte ich. "Im Namen des barinherzigen Gottes — bei allem, was dir teuer ist — bei dem Gnaden deines Vaters — bei der Seligkeit deiner Mutter — erbarm dich meiner und lass mich frei! Ich sage dir, Mensch, daß mein Weib da draußen ist — daß sie vielleicht in diesem Augenblick gemordet — daß sie vielleicht in diesem Augenblick mißhandelt wird! Oh, oh! — und ich klug mit geballter Faust gegen die Stirn.

Voccard erwiderte bestätigend, wie man mit einem Kanonen spricht: "Du bist von Sinnen, armer Freund! Du könntest nicht fünf Schritte ins Freie tun, bevor dich eine Angel niederstreckt! Niedermann kennt dich als den Schreiwer des Admirals. Ramm Bernurst auf Was du verlangst ist unmöglich!"

Jetzt begann ich auf den Knien liegend zu schluchzen wie ein Kind.

Noch einmal, halb bewußtlos wie ein Ertrinkender, erhob ich das Auge nach Reitung, während Voccard schweigend die im Ringen zerrissene Seidenföhre wieder zusammenknüpfte, an der die Silbermünze mit dem Bildnis der Madonna lag niederkletterte.

"Im Namen der Muttergottes von Einsiedeln!" — flehte ich mit gesalzten Händen.

(Fortsetzung folgt.)

Das Amulett

Novelle von C. F. Meyer

Jetzt, da ich das längst Vergangene niederschreibe, sehe ich den Unseligen wieder mit den Augen des Geistes — und ich schaudere. Reben ihm lehnte sein Bruder, der Herzog von Anjou, mit dem Schloß, weißlich grausamen Gesichtern und schlotternd vor Furcht. Hinter ihnen, bleich und regungslos, die Gesichter von allen, stand Katharina, die Mediceerin, mit halbgeschlossenen Augen und fast gleichgültiger Miene.

Jetzt machte der König, von Gewissensbisse geplagt, eine triumphale Gebärde, als wollte er einen gegebenen Befehl zurücknehmen, und in demselben Augenblick knallte ein Büchsenstück, mir schien im Hofe des Louvre.

"Endlich!" flüsterte die Königin erleichtert und die drei Nachgefallenen verschwanden von der Zinne.

Eine nahe Glöckte begann Sturm zu läuten, eine zweite, eine dritte heulte mit; greller Fackelchein glomm auf wie eine Feuersbrunst. Schüsse knatterten und meine gepanzerte Einbildungskraft glaubte Sterbenseufzer zu vernehmen.

Der Admiral lag ermordet, davon konnte ich nicht mehr zweifeln. Aber was bedeuteten die Sturmglocken, die erst vereinzelt, dann immer häufiger fallenden Schüsse, die Worfuge, die jetzt von fern an mein louschendes Ohr drangen? Geißel des Unerhorten? Wurden alle Hugenotten in Paris gemordet?

Und Gasparde, meine mit dem Admiral anvertraute Gasparde, war mit dem wehrlosen Aten die Schreden preisgegeben! Das Haar stand mir zu Berge, das Blut gerann mir in den Adern. Ich rüttelte an der Tür aus allen Kräften, die eisernen Schlosser und das schwere Eisenholz wichen nicht. Ich suchte losend nach einer Waffe, nach einem Werkzeug, um sie zu trennen, und fand keines. Ich schwang mit den Fäusten, stieß mit den Füßen gegen die Türe und kroch nach Befreiung, — draußen im Gange blieb

Die letzte diesjährige Stadtoberbausitzung heute Donnerstag, 7 Uhr, enthält als wichtigsten Punkt den Bericht des Stadtoberbaudirektors über die Tätigkeit des Kollegiums und seiner Ausübung im ablaufenden Geschäftsjahr. Ferner sind noch zu erwähnen ein Antrag des Stadtoberbaudirektors und Genossen, betreffend die Erhöhung der Getreidepreise und die damit zusammenhängende Besteuerung des Brotes, ein Bericht des Bevölkerungsaußchusses über die Zugängigmachung des Elbinger Werkes von der Elbe her, sowie mehrere Erörterungen für Ausschüsse.

Überstremung des Dresdner Grundstückes. Unter dem Einfluss der schlechten Wirtschaftssituation macht die Überstremung auf einheimischen Grundbesitzes sehr starke Fortschritte, namentlich natürlich in den nahe den verschiedenen Städten gelegenen Städten und Gemeinden. So ist zum Beispiel eine scharfe Konkurrenz in Dresden zu beobachten. Wie die Sachsisch-Böhmisches Korrespondenz von einer Stelle erzählt, beträgt die Zahl der Grundstücksverkäufe an Ausländer in Dresden in der Zeit vom Infrastrukturren des Gesetzes über den Verkehr mit Gründen vom 20. November 1820 an bis zum 30. November 1922, also in gerade zwei Jahren, rund 1800, die Zahl der Grundstücksverkäufe überhaupt in der gleichen Zeit rund 4400 (alles einschließlich der unbekannten Grundstücke). Rund 30 v. H. der gesamten Verkäufe entfallen also auf Ausländer. Im Verhältnis zur Gesamtzahl der bebauten Grundstücke in Dresden übertrifft machen die 1800 Ausländerhäuser rund 5% v. H. aus. Vieles Prozent des Dresdner Haushalt und Grundstückes sich gegenwärtig überhaupt in Ausländerhänden befinden kann, wieviel in der Zeit vom Friedensblatt bis zum Aufkrisse des Grundstückverkehrs-Gesetzes Ende 1920 in ausländischen Reis übergegangen sind, darüber bestehen keine statistischen Erhebungen, es sind früher keine Erhebungen in dieser Richtung vorgenommen worden, wogegen in Friedenszeiten kein Unrat besteht. In Dresden wird besonders bei Genehmigung von Grundstückverkäufen an Ausländer ein Volataufschlag erhoben, der ähnlich bedeutend ist. Das ungewisse Anwachsen der Ausländerhäuser ist daher doppelt bemerkenswert. Den Hauptanteil der Häuser stellt natürlich die benachbarte Tschechoslowakei.

Arbeitsmarktsituations bei der Eisenbahn. Da die Wochenarbeitszeit, namentlich von Arbeitern, der Monistation vorgesehen wird, weil sie der letzteren gewissermaßen bei Reiseleidern und beim Wechsel des Arbeitsortes hilft, außerdem eine Abteilung des monatlichen Gehalts in Raten ermöglicht, hat die Reichsbahn die Entfernungsgrenze, bis zu der Wochenarbeitszeit ausgedehnt werden, nunmehr von 50 auf 75 Kilometer erweitert.

Freizeitsicht. Zum Anfang von Freizeitsicht sind Dresdner Einwohner, die ein temporäres Fahrkartenkonto bis zu 70 000 M. haben, und Erwerbstiere, die sich durch abgelaufene Karte als solche anzutreten berechtigt. Darüber hinaus können Familien mit drei und mehr verfassungsberechtigten Kindern berücksichtigt werden. Für jede Familie wird nur eine Karte gegen Vorlegung des Einwohnerheimes nach Prüfung der Einwohnerverhältnisse von denjenigen Stadtbezirksinspektionen ausgeschrieben, in deren Bereich der Haushaltungsbereich steht. Die vorhabenden Kreisbankausweise können, soweit der Vorrat reicht, von den Bezugsberechtigten gegen eine Gebühr von 5 M. vom 28. Dezember an bei den Stadtbezirksinspektionen in Empfang genommen werden. Weiteres ist aus dem Ausdruck auf den Kreisbankausweisen ersichtlich.

Der neue Straßenbahnsahpreis, der jetzt 50 M. beträgt, dürfte auf 80 oder 100 M. erhöht werden.

Bei Carraram wird das Ausstattungs-Schaustück: Ein Wintermärchen, noch an einigen Tagen bei Kanute gespielt, und zwar noch am Montag finden je zwei Vorstellungen statt.

In der Vergewissung. Am Dienstag abend in der 11. Stunde bemerkte ein Herr aus Löbau ein Mädchen auf der Rautenstraße oberhalb der Augustusbrücke, als sie sich anschickte, in die einige Blumabspülungen. Er eilte hinzu und hielt sie zurück. In der Überraschung wurde ein 17 Jahre alter, in der Augustus-Richter-Straße wohnhafter Schräubstein aus Stettin festgestellt; sie wurde in der Heils- und Pflegeanstalt untergebracht.

Freier Elternvereinigung der 10. Volksschule, Donnerstag, abends 7 Uhr, in der Turnhalle Weihnachtsfeier. Alle Eltern, Freunde und Kinder werden hierzu freudlich eingeladen. Einladungen bei allen Auszuhmungsmitgliedern, bei dem Schulhausmeister und an der Abendkasse. Preis 20 M.

Unterwirtshaus Groß-Dresden. Donnerstag, 8 Uhr, Hauptversammlung, Restaurant Johanneshof, Johann-Seiffen-Allee 1.

Kriegsbeschädigte. Die roten und blauen, für die Zeit bis 31. Dezember 1922 ausfallenden Straßenbahn-Berechtigungsstämme gelten bis zum 31. Januar 1923 weiter, ohne daß es zu einer Änderung der Zuschrift über die Gelungsdauer bedarf.

Die Wintersonne wende der proletarischen Freudenster Dresden findet Sonnabend im Thalia statt. Anfang 7 Uhr. Alle Mitglieder und Freunde unserer Bewegung sind herzlich eingeladen. Kartenvorwahl 50 M. mit Steuer.

Aus dem Bartheleben

4. Unterbezirk

Dresden-N. Gruppe 2. Morgen Freitag keine Gruppensitzung. Am Sonnabend im Restaurant Fürstensaal, Fürstenstraße 87, Unterhaltungssabend. Beginn abends 6½ Uhr. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet.

Dresden-N. Gruppe 6. Freitag keine Gruppensitzung. Sonnabend 7½ Uhr, Unterhaltungssabend im Restaurant Königswald, Königsstraße 18. Registration, Mußt, Gefangenstrafrechte. Zahlreiche Besitzung wird erwartet.

Beitrag freiließt. Morgen Freitag, 8 Uhr, in Richters Restaurant 7 Uhr müssen alle alten und neuen Unterlasser anwesend sein.

6. Unterbezirk

Gemeindevertreter, Elternrat, Schulanschluß- und Schulvorstandsmitglieder der Gemeinden Freital, Böhlitz, Gittersee, Burgstädt, Kleinzschwenda, Weißig, Göhmannsdorf, Hainsberg, Somsdorf, Radeberg, Altkau, Vorla, Oberlausitz, Großröhrsdorf, Kleinröhrsdorf, Sonnenberg den 30. Dezember, abends 7 Uhr, in Freital. Note Schänke, Konfetti, Tanzordnung: 1. Schullandwirtschaft, 2. Vermittlungsfreiheit. Referent: Genossen Sandberg, Landesdirektor Weigel. Um vollständiges Erscheinen der Genossinnen und Genossen wird dringend erinnert.

Gruppe Blasewitz. Sonnabend, 7½ Uhr, in der Guten Quelle, Tiefenwalder Straße 18: Mitgliederversammlung. Die wichtige Tagordnung erfordert das Erscheinen aller Genossinnen und Genossen.

Stadtteil. Gruppe 2. Die Versammlung konnte dank der Geduld vieler Parteigenossen eine ganze Anzahl in Not befindlicher Familien, Witwen und Waisen mit Geld und Lebensmittel unterstützen. Wir danken allen Geben herzlich, ebenfalls den Sammlern für ihre Mithilfe. Die Straßenbeauftragter werden dringend erachtet, noch in dieser Woche Handzettel vom Genossen Lange, Paulstraße 66, IV., abzuholen.

Gruppe Weißig. Donnerstag, abends 8 Uhr, in der Frieden-Schule: Jahresabschlussversammlung. Jemand welche Wünsche und Ansprüche sind sofort an den Gruppenvertreter abzugeben. Dieser muß unmittelbar kommen.

Beitrag Gassestraße, Stieglitz, Remnitz und Lang. Zu der morgen Freitag abend stattfindenden Verwaltungssitzung werden die Beiträge,

fallender gebeten, schon um 7 Uhr zu erscheinen. Die alten Marken sind abzuliefern.

Jugendsozialisten von 28. Dezember, abends 7 Uhr, im Café Weiberzuh, Ecke Banzer- und Lehrer-Haus. Diskussionsabend. Leiter: Genosse Schröder. Pünktlich und zahlreich erschienen. Gäste willkommen, Kinderhauskamm. Kosten 20. Planen, Naumburg. Sonntag nachmittag, im Jugendheim, Wallstraße 10: Nichtüberführung (Weihnachtsmarkt). Karten 2 M. das Stück sind zu haben bei Frau Bürger, Hobenzollernstraße 88, und Frau Weißig, Wallstraße 88.

Die Lage der Privatbäder

Über die Lage der Privatbäder und die damit verbundene Gefährdung der Volksgesundheit erhalten wie folgende Zuschrift:

Eines unter den jüngsten Verhältnissen am schwersten leidenden Gewerbe ist unfehlbar das private Badegewerbe. Die Produktionskosten steigen ins Uferlose, die Benutzung der Bäder nimmt in demselben Verhältnis ab, wie die Produktionskosten steigen. Unternehmer sowohl als auch Arbeitnehmer leiden gleichermassen. Bedenkt man erhalten in der zweiten Novemberhälfte 6000 M. Wochenlohn und können nur an drei Tagen der Woche beschäftigt werden. Die kleinen Unternehmen, die auf den Zuspruch der minderbemittelten Kreise angewiesen sind, kommen zum Erliegen. Schon jetzt ist ein Teil der Privatbäder geschlossen. Ein ander Teil arbeitet nur beschränkt, und die letzte Hoffnungsteilnahme wird, wenn nicht bald Hilfe kommt, auch noch den Rest der Bäder zum Schließen bringen.

Damit erleidet die Volksgesundheit schweren Schaden. Kommen die Bäder vollends zum Erliegen, so fehlt nicht nur die Möglichkeit für Reinigungsstäbe, sondern auch die Möglichkeit, Bäder zu verabreichen. Die vorhandenen neun städtischen Bäder sind ebenfalls geschlossen, reichen bei weitem nicht aus. Einem Teile derselben fehlen auch die notwendigen Einrichtungen für Bäder. Die Folgen werden sich in kürzer Zeit die Volksgesundheit auf schwere erschüttern. Hier hoffend eingreifen, ist dringend notwendig. Die Stadt Leipzig hat, dem Vernehmen nach, schon Schritte in dieser Richtung getan. Sie subventioniert die privaten Bäder, weil sie nicht in der Lage ist, durch eigene Bäder das Bedürfnis zu befriedigen. Das müßte auch verstanden werden, wenn Kulturinrichtungen, die in ihrem Bestande bedroht sind, mit Mitteln der Allgemeinheit aufrechterhalten werden.

Aber noch in anderer Richtung könnte die Stadt helfen eingreifen. Nach der letzten Veröffentlichung werden im Günzbade noch geringe Bäderpreise gefordert:

Schwimmhöfe	200 M.	Günzbäder	280 M.
Wannenhöfe 1. Klasse	400	·	500
Wannenhöfe 2. Klasse	800	·	875
Schwimmhöfe 1. Klasse	1000	·	1200
Schwimmhöfe 2. Klasse	700	·	800
Kurbäder	1000	·	1200
Rubäder	800	·	1000

Diese wesentlich verbilligten Bäderpreise werden an alle Dresdner Einwohner, also auch an die Zahlungsfähigen, abgegeben. Dadurch erhält die Stadt die Bäder, die bei diesen Preisen erfordert werden müssen, auch für die zahlungsfähigen Kreise. Sie entzieht dabei aber auch den privaten Bäderanstalten die zahlungsfähigen Besucher. Gegen die Verbilligung der Bäderpreise für die minderbemittelte Bevölkerung und die Krankenanstalten kann nichts eingesetzt werden, gegen die Aufbringung von Allgemeinmittelsteuern der wohlhabenden Kreise ist aber entschieden zu protestieren. Hier ist eine Lenkerung bringend notwendig. Doch eine solche den Untergang der privaten Bäderanstalten nicht aufzuhalten vermag, ist selbstverständlich. Da müßte noch mehr getan werden. Hoffen wir, daß diese Seiten dazu beitragen, die Gefahr zu erkennen, und das Mittel ergreifen werden, sie zu bannen.

Dazu wird uns von anderer unterrichteter Seite geschrieben:

Dass die Privatbäder in der gegenwärtigen Zeit, in der sich der Wohnungsmarkt der kapitalistischen Wirtschaftsordnung in der frasten Form austwirkt, in einer außerordentlich schwierigen Lage sich befinden, kann nicht bestritten werden. Es geht ihnen wie den vielen andern Kleinbetrieben, die nicht Produkte fabrizieren oder mit guten Nutzen verkaufen, für die die Nachfrage größer ist als das Angebot. Daher scheitert an der ungeheure Höhe der Summen, die dafür aufzu bringen wären, wenn nicht noch andre Gründe dagegen sprächen. Bei den Reinigungsstäben muß allerdings angegeben werden, daß ein erhebliches Volksgefundenheitliches Interesse daran vorliegt, die notwendige Anzahl dieser Bäder der Einwohnerchaft zu erhalten. Denn bei der gegenwärtigen Knappheit und unerhörten Teuerung des Heizmaterial wird es nur noch wenigen Haushaltungen möglich sein, warme Bäder im Hause herzurichten, selbst wenn die Einrichtung dazu vorhanden wäre.

Die Meldestellen sind sofort abzuhängen, letzter Termin 7. Januar. Die neuen Vereine werden erlaubt, die neu aufgestellten Bäder einzurichten oder zum Verkäufer (30. Dezember) mitzubringen, damit sie zur Stunde wieder im Besitz der Vereine sind.

Arbeiter-Samariter-Kommission, Dresden, 20. Januar, 8½ Uhr,

im Alten Stadtverordnetenamt, Landhausstraße 70. Generalversammlung. Anträge müssen vierzehn Tage vorher an die Bezirksleitung abgegeben werden. 28. Dezember, 7 Uhr, im Volkshaus Ritterstraße 10.

Verein für sozialistischen Wassersport, Gruppe Altstadt, Dresden, abends 7 Uhr, Techniksaal im Volkshaus. Silvesterfeier.

Die Meldestellen sind sofort abzuhängen, letzter Termin 7. Januar.

Die neuen Vereine werden erlaubt, die neu aufgestellten Bäder einzurichten oder zum Verkäufer (30. Dezember) mitzubringen,

dann ist sie zur Stunde wieder im Besitz der Vereine.

Arbeiter-Samariter-Kommission, Dresden, 20. Januar, 8½ Uhr,

im Alten Stadtverordnetenamt, Landhausstraße 70. Generalversammlung. Anträge müssen vierzehn Tage vorher an die Bezirksleitung abgegeben werden. 28. Dezember, 7 Uhr, im Volkshaus Ritterstraße 10.

Verein für sozialistischen Wassersport, Gruppe Blasewitz, Dresden, abends 7 Uhr, Techniksaal im Volkshaus. Silvesterfeier.

Die Meldestellen sind sofort abzuhängen, letzter Termin 7. Januar.

Die neuen Vereine werden erlaubt, die neu aufgestellten Bäder einzurichten oder zum Verkäufer (30. Dezember) mitzubringen,

dann ist sie zur Stunde wieder im Besitz der Vereine.

Arbeiter-Samariter-Kommission, Dresden, 20. Januar, 8½ Uhr,

im Alten Stadtverordnetenamt, Landhausstraße 70. Generalversammlung. Anträge müssen vierzehn Tage vorher an die Bezirksleitung abgegeben werden. 28. Dezember, 7 Uhr, im Volkshaus Ritterstraße 10.

Verein für sozialistischen Wassersport, Gruppe Weißig, Dresden, abends 7 Uhr, Techniksaal im Volkshaus. Silvesterfeier.

Die Meldestellen sind sofort abzuhängen, letzter Termin 7. Januar.

Die neuen Vereine werden erlaubt, die neu aufgestellten Bäder einzurichten oder zum Verkäufer (30. Dezember) mitzubringen,

dann ist sie zur Stunde wieder im Besitz der Vereine.

Arbeiter-Samariter-Kommission, Dresden, 20. Januar, 8½ Uhr,

im Alten Stadtverordnetenamt, Landhausstraße 70. Generalversammlung. Anträge müssen vierzehn Tage vorher an die Bezirksleitung abgegeben werden. 28. Dezember, 7 Uhr, im Volkshaus Ritterstraße 10.

Verein für sozialistischen Wassersport, Gruppe Strehla, Dresden, abends 7 Uhr, Techniksaal im Volkshaus. Silvesterfeier.

Die Meldestellen sind sofort abzuhängen, letzter Termin 7. Januar.

Die neuen Vereine werden erlaubt, die neu aufgestellten Bäder einzurichten oder zum Verkäufer (30. Dezember) mitzubringen,

dann ist sie zur Stunde wieder im Besitz der Vereine.

Arbeiter-Samariter-Kommission, Dresden, 20. Januar, 8½ Uhr,

im Alten Stadtverordnetenamt, Landhausstraße 70. Generalversammlung. Anträge müssen vierzehn Tage vorher an die Bezirksleitung abgegeben werden. 28. Dezember, 7 Uhr, im Volkshaus Ritterstraße 10.

Verein für sozialistischen Wassersport, Gruppe Radeberg, Dresden, abends 7 Uhr, Techniksaal im Volkshaus. Silvesterfeier.

Die Meldestellen sind sofort abzuhängen, letzter Termin 7. Januar.

Die neuen Vereine werden erlaubt, die neu aufgestellten Bäder einzurichten oder zum Verkäufer (30. Dezember) mitzubringen,

dann ist sie zur Stunde wieder im Besitz der Vereine.

Arbeiter-Samariter-Kommission, Dresden, 20. Januar, 8½ Uhr,

im Alten Stadtverordnetenamt, Landhausstraße 70. Generalversammlung. Anträge müssen vierzehn Tage vorher an die Bezirksleitung abgegeben werden. 28. Dezember, 7 Uhr, im Volkshaus Ritterstraße 10.

Verein für sozialistischen Wassersport, Gruppe Coswig, Dresden, abends 7 Uhr, Techniksaal im Volkshaus. Silvesterfeier.

Die Meldestellen sind sofort abzuhängen, letzter Termin 7. Januar.

Die neuen Vereine werden erlaubt, die neu aufgestellten Bäder einzurichten oder zum Verkäufer (30. Dezember) mitzubringen,

dann ist sie zur Stunde wieder im Besitz der Vereine.

Arbeiter-Samariter-Kommission, Dresden, 20. Januar, 8½ Uhr,

im Alten Stadtverordnetenamt, Landhausstraße 70. Generalversammlung. Anträge müssen vierzehn Tage vorher an die Bezirksleitung abgegeben werden. 28. Dezember, 7 Uhr, im Volkshaus Ritterstraße 10